

Antrag

der Abgeordneten Dr. Atzenroth, Dr. Schäfer
und Genossen

betr.: Beschlagnahme von Sachgütern und Leistungen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, die Hohen Kommissare um eine Überprüfung zu bitten, ob und in welchem Umfange die zur Zeit bestehenden Beschlagnahmen von Sachgütern und Leistungen, die entweder unmittelbar oder mittelbar über deutsche Dienststellen von alliierten Behörden angeordnet sind, noch aufrecht erhalten bleiben müssen.

Insbesondere ist zu prüfen, ob die von alliierten Dienststellen zu Gunsten deutscher Dienststellen oder Personen ausgesprochenen Beschlagnahmen nicht sofort aufgehoben werden können.

Bonn, den 14. November 1949

Dr. Atzenroth Dr. Schäfer und Fraktion